

Krafauner Zeitung.

Nr. 9.

Mittwoch den 13. Jänner

1864.

Die „Krafauner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafaun 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. VIII. Jahrgang. Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner d. J. begonnene neue Quartal der

„Krafauner Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1864 beträgt für Krafaun 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzufendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafaun mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Von Neujahr an wurde der Preis für den Raum einer viergespaltigen Petitzeile auf 5 Kr. (resp. 3 Kr.) herabgesetzt.

Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. December v. J. die Veretzung des als Postamtsverwalter in Czernowitz fungierenden Postdirectors Andreas Kasprzicki in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand allergnädigst zu genehmigen geruht.

Die croatisch-slavonische Hofkanzlei hat je eine der zwei am Agramer Gymnasium erledigten Lehrerstellen den Chef der Gymnasiallehrer Joseph Kostic und Johann Perider verliehen. Die königl. siebenbürgische Hofkanzlei hat den Honorar-Hofconscripsten Albert v. Zuhász, so wie den disponiblen Bezirksamtsadjuncten Spiridon Fetti zu wirklichen Hofconscripsten bei derselben ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafaun, 13. Jänner.

In der außerordentlichen Sitzung des Bundestages vom 11. d. wurde ein erneuerter dringlicher Antrag von Oesterreich und Preußen eingebracht, Dänemark aufzufordern, das Grundgesetz vom 18. November zurückzunehmen, widrigenfalls die sofortige Occupation Schleswigs erfolgen würde. Die Abstimmung soll am Donnerstag stattfinden.

Der „Votischer“ bringt eine beachtenswerthe Erklärung. Er glaubt in der Lage zu sein es als Thatsache zu bezeichnen, daß die österreichische Regierung, soweit es nur immer nach den Bedingungen der europäischen Verhältnisse möglich sein wird, ihre Macht für die deutschen Interessen in Schleswig-Holstein einzusetzen entschlossen ist. Die Entscheidungen des Bundestages, fährt der „Votischer“ fort, müssen natürlich abgewartet werden, bevor dieser allgemeine gute Wille eine bestimmte Form annehmen kann. Wir glauben aber Gründe zu der Ueberzeugung zu haben, daß die Entscheidungen des Bundestages von Oesterreich bereitwillig werden anerkannt werden. Die Einflüsse der auswärtigen Politik betreffend, glaubt derselbe, daß England gegen eine Inpfandnahme Schleswigs keine ernstliche Einsprache erheben wird. Die Note an Sir Alexander Malet zu Händen des Bundes sei ein Mißgriff und ein ver-

fehlter Versuch. Insofern die Inpfandnahme Schleswigs der Entscheidung des Bundes über die Erbfolge nicht vorgreife, lasse sich nicht nur nichts gegen die Maßregel einwenden, sondern sie gewähre ihre eigenthümlichen Vortheile für jede mögliche weitere Entwicklung der Dinge. Daß Rußland mit seinen Ansprüchen hervortritt, kann der deutschen Sache nur günstig sein, da nur im Verschweigen seiner Absichten die Kraft Rußlands liege. Frankreich sei und bleibe der deutschen Sache günstig und werde die formale Einsetzung des Herzogs von Augustenburg in die Erbchaft von Holstein nicht als eine europäische Angelegenheit betrachten. Erst die Ansprüche, welche dann der Herzog von Holstein auf Schleswig zu erheben für gut finden mag, scheine die französische Regierung als Gegenstand europäischer Verhandlungen ansehen zu wollen.

Nach Pariser Berichten der „N.Z.“ bestätigt es sich vollkommen, daß der Minister Drouyn de Lhuys dem englischen Votischer Lord Cowley erklärt habe, Frankreich könne sich an einer Konferenz für die deutsch-dänische Frage nur unter der Bedingung beteiligen, daß der Deutsche Bund sich anheischig mache, den Beschluß der Konferenz als rechtskräftig anzuerkennen. Wie anderweitig verlautet, soll Herr Drouyn de Lhuys dem Lord Cowley erklärt haben, daß eine Konferenz, wenn sie nichts anderes bezwecke, als die Aufrechterhaltung des Londoner Protocolls, überflüssig sei, daß es aber, wenn Modificationen vorgenommen werden sollen, wünschenswerth sei, diese früher zu kennen. Ferner soll Herr Drouyn de Lhuys auf die Schwierigkeit aufmerksam gemacht haben, die Vertreter der beiden deutschen Großmächte in einer Konferenz mit dem Vertreter des Bundes zu vereinigen, indem, da die beiden Großmächte doch auch Glieder des Bundes seien, ein Collisionssfall fast unvermeidlich sei. Andererseits bestätigt die heute hier angelangte „France“ unsere gestrige Frankfurter Mittheilung, daß der Konferenzvorschlag von Seite des Bundes so gut wie abgelehnt sei.

Die Note des neuen dänischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Quaade, von der bereits vor einigen Tagen in den Blättern die Rede war, ist am 11. d. in Wien angekommen, und soll aus derselben ein Rückzug der dänischen Regierung insofern bemerkbar sein, als Herr Quaade einen Ausweg dadurch herbeizuführen anstrebt, daß er selbst sub rosa zugeibt, Dänemark habe seine Verpflichtungen nicht eingehalten und die Anknüpfung an die Verhandlungen von 1851 und 1852 verlangt.

Nach Angabe eines Wiener Correspondenten des „Schwab. Merkur“ hätte der König Johann von Sachsen ein eigenhändiges Schreiben an Se. Majestät den Kaiser Franz Josef in der schleswig-holsteinischen Frage gerichtet. Der König sage darin, daß er die Erbfolgefrage nach den vorhandenen Documenten genau studirt und die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Herzog Friedrich von Augustenburg rechtmäßige Successions-Ansprüche besitze; unbekannt seien jedoch diese nur auf einen Theil von Holstein während namentlich der Göttrische Anteil, also die Herrschaften Rangau und Pinneberg mit dem Hafen von Kiel, auf welchen Rußland Ansprüche erhebt, mindestens eben so streitig sei, als

diejenigen Landestheile, welche Oldenburg und Kurhessen beanspruchen können. Bei dieser Sachlage meint der König, sei es am gerathensten, von der rechtlichen Documentirung der Ansprüche ganz abzugehen und sich bei der Lösung der Frage nur durch politische Motive leiten zu lassen. (N) Diese gebieten, daß der deutsche Bund den Londoner Vertrag, dem er nicht beigetreten, ignore, und Friedrich von Augustenburg wenigstens als Herzog von Holstein anerkenne, da dessen Ansprüche auf Lauenburg schwer zu erweisen und der Bund über Schleswig nicht zu verfügen habe. (Wir bezweifeln die Echtheit dieses Schreibens, so richtig auch die Angaben über die Erbansprüche des Herzogs Friedrich sind. Sobald Deutschland den Rechtsboden der Frage verläßt, ist seine Sache eine verlorene).

Die Angabe, in der letzten Sitzung der Bundesversammlung habe Freiherr v. d. Pfordten den auf das Londoner Protocoll vom 8. Mai 1852 bezüglichen und die Nichtverbindlichkeit und die Nachtheile desselben für den deutschen Bund nachweisenden ersten Theil seines Berichtes vorgelegt, wird vom Rüb. Corresp. als unbegründet bezeichnet. Die vereinigten Ausschüsse haben, wie wiederholt in bestimmter Weise versichert wird, ihre Beratungen über diese Angelegenheit noch nicht beendet.

Die „N.Z.“ bezeichnet die Stellung der verschiedenen Staaten zur Schleswig-holsteinischen Frage in folgender Weise: Von den Großmächten tritt England am eifrigsten für das Londoner Protocoll auf; es soll in Berlin vor einem Einmarsch in Schleswig entschieden gemarnt haben. Dagegen soll Rußland in Berlin mitgetheilt haben, daß es gegen die Besetzung Schleswigs keinen Einspruch erhebe, wenn das Londoner Protocoll aufrechterhalten bleibe. Frankreich ist am vorsichtigsten und am meisten abwartend von allen drei Mächten; es will das Londoner Protocoll gewahrt und Modificationen desselben den Protocollmächten vorbehalten wissen, schweigt aber einseitigen bezüglich der Besetzung Schleswigs.

Die Stellung der deutschen Regierungen zu der schleswig-holsteinischen Frage, beziehungsweise zu dem Erbrecht des Herzogs Friedrich, ist folgende: Den Herzog haben bereits anerkannt: Baden, Weimar, Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, Braunschweig, Sondershausen, Neuz j. L., Waldeck. Das Recht haben anerkannt: Baiern, Württemberg, Großherzogthum Hessen, Homburg, Greiz (?), Anhalt, Frankfurt, Bremen. Günstig sind: Sachsen, Mecklenburg, Schwerin, Rindolstadt. Ungünstig sind: Hannover, Kurhessen, Liechtenstein, Nassau (?), Mecklenburg-Strelitz. Feindlich und gebunden sind: Oesterreich, Preußen, Luxemburg. Zweifelhafte: Oldenburg, Hamburg, Lübeck. Unbekannt: Lippe-Dehmold, Schaumburg-Lippe.

Die „G. C.“ schreibt: In einem Berichte des Ausschusses der sächsischen Kammer, den wir meritorisch hier unberührt lassen wollen, ist u. a. die Bemerkung eingeflossen, den beiden deutschen Großmächten scheine Gewalt über Recht zu gehen. Da nun Oesterreich im Verein mit Preußen nichts anderes verlangt als daß man eben nur an der Hand des Rechtes vorwärts gehe, unausgesetzt vor aller Ueberstürzung warnt und daß man nicht lediglich nach unklaren und unergohrenen Sympathien handle, muß

jene Aeußerung als eine unberechtigte Annäherung erscheinen. Ein anderer Ausdruck fordert eine noch energichere Zurückweisung heraus. Am Schlusse der Debatte erlaubte sich nämlich der Berichterstatter Frh. v. Kostiz-Wallwitz die Aeußerung, es scheine der Kaiser von Oesterreich seine im Sommer zu Frankfurt gegebenen Versprechungen vergessen zu haben. Hierauf diene zur Antwort: Wenn die deutschen Regierungen die großherzigen Anerbietungen, welche Se. Majestät der Kaiser mit dem Reformentwurf gemacht hat, angenommen und damit Deutschland zu einer europäischen Macht erhoben hätten, so würde Se. Majestät Dsorge getragen haben, allen Rechten, welche die Reformacte in Gesamtdeutschland hineinlegen wollte, vollen Raum zu verschaffen. Da nun aber die Reformacte zur Zeit noch nicht verwirklicht ist, so besteht einfach das alte Bundesrecht in seiner vollen Kraft und für alle Mitglieder des Bundes. Wer also dasselbe überschreitet, die Schranken der Kompetenz der Bundesversammlung zu beseitigen trachtet, darf sich demnach nicht wundern, den stets auf strengste Gesetzmäßigkeit gehenden Willen Oesterreichs solchen Vorhaben entgegenzutreten zu sehen.

Ueber den Stand der Verhandlungen über den engeren Congreß schreibt das „Memorial diplomatique“: Die Antwort des heiligen Stuhles auf das Rundschreiben des Herrn Drouyn de Lhuys vom 8. December erklärt, der Papst, welcher bereits seine Bereitwilligkeit, die Einladung zum Congresse anzunehmen, bezeugt habe, sei vollständig geneigt, an den vom französischen Minister des Auswärtigen zum Besuche, sich über ein vorläufiges Programm zu einigen, vorgeschlagenen beschränkten Conferenzen sich zu beteiligen. Die zuzugenden Antworten Spaniens, Portugals, Schwedens, Italiens und der deutschen Staaten zweiten Ranges sind gleichfalls schon in Paris angekommen. Die drei nordischen Höfe haben das Rundschreiben noch nicht beantwortet; es handelt sich dabei vor Allem um die augenblicklich schwebenden Unterhandlungen über den Zutritt einer besonderen Konferenz wegen der deutsch-dänischen Streitfrage. Das Rundschreiben ist allerdings nicht amtlich an das Cabinet von St. James gerichtet worden. Der Fürst de la Tour d'Auvergne hat sich vielmehr darauf beschränkt, den Inhalt in ganz confidentieller Weise dem Carl Russell mitzutheilen, der nichts desto weniger jetzt seine Absicht kundgegeben hat, sich ebenfalls mit den übrigen auswärtigen Ministern der Großmächte zur Regelung der Herzogthümer-Frage nach Paris zu begeben.

Man telegraphirt dem „Wdr.“ aus Turin, 9., daß die mit Rothschild versuchten Finanzoperationen als vorläufig gescheitert anzusehen sind. Von Rothschild sei die Zustimmung Napoleons verlangt worden.

Der „Indp.“ telegraphirt man aus Marseille, 7., daß die Turiner Regierung die Güter der römischen Propaganda in der Romagna verkaufen werde.

Garibaldi's Wiedererwählung in Neapel erscheint nach der „Independance Belge“ als gesichert.

Die „Gazeta Krowska“ vom 9. d. enthält folgenden Artikel: Die „Gaz. nat.“ bringt in der Chronik ihrer

Feuilleton.

Afrikanische Delicatessen.

Mehr als acht Stunden lang waren wir unter den brennenden Strahlen einer afrikanischen Sonne über eine wellenförmige Ebene geritten, als wir endlich das einfach gebaute rohe Haus eines holländischen Boeren entdeckten. Früher war es in Südafrika Sitte auf ein so allein dastehendes Haus zuzureiten, und zugleich von dem Eigentümer bewillkommt zu werden, den wir nie zuvor gesehen hatten, und wahrscheinlich nie wieder sehen werden. So war es auch diesmal der Fall: man hat uns sofort abgestiegen, abzusatteln und hineinzukommen um zu essen. „Das ist mir“, sagte unser Wirth, „als Gland-Braten und Seetub-Vort; aber das Gland (Girrhochse, Antilope bubalis) ist jung, und die Seetub fett.“ Eine Mahlzeit von Hippopotamus-Rippen und Antilopen-Braten einzunehmen, war gewiß etwas neues, und wir hatten so großen Hunger, daß wir nicht aufgelegt waren wählerisch zu sein. Der sehr gute und liebliche Geruch, der sich erhob, als wir in das Haus des Holländers eintraten, ließ uns glauben, daß die beiden erwähnten Artikel nicht zu verachten seien. Wir wählten als Anfang eine Portion des Antilopen-Fleisches, und dieses war ohne Zweifel vortrefflich; es war zart, saftig und hatte eine Art Wildpret-Geschmack; wir waren auch

gleichzeitig einig darüber, daß es ein höchst volkthümliches Gericht in England sein würde, wenn diese Antilopen-Art dort eingeführt wäre, so daß sie in hinlänglicher Anzahl getödtet und als Nahrungsmittel verkauft werden könnte. Da uns in einer späteren Periode das Loos geworden, vierzehn Tage lang ganz von Hirschschensfleisch zu leben, so können wir behaupten, daß selbst bei der rohen Kocherei der Wildpret und dem Mangel geschmackgebender Gewürze, Hirschschensfleisch oder Wildpret doch ein bewundernswertes Essen ist. Was nun das Hippopotamus-Fleisch betrifft, so bemerken wir, daß es gewöhnlich gesotten wird, und dann einem Geschnitzel und gesottenem Schweinefleisch. Höchst wahrscheinlich könnte jemand ein Stück Hippopotamusfleisch essen in dem guten Wahne, daß es ein Stück von einem Preisochsen sei. Der Hippopotamus, oder das Flusspferd, scheint ein zufriedenes Gemüth zu besitzen, und häuft rasch Fett an; es ist etwas sehr ungewöhnliches, wenn man eines dieser Geschöpfe findet, das mager ist oder dem es selbst an Beleiheit fehlt.

„Der Was hat Euch einigens Kamelfleisch geschickt“, sagte ein ausgemergelter Hottentotte, als er sich, mit einem Korb an seinem Arm, an unserer Thür zeigte. Einiges Kamelfleisch war gewiß eine Neuigkeit, und einer oder zwei Freunde wurden sofort eingeladen, Kamelpardel (Giraffe) zu speisen, da es auf dem Speisezettel stehe. Unglücklicherweise war dieses Giraffenfleisch gesalzen und theilweise an der Sonne getrocknet worden, so daß sein voller, reicher

Wohlgeschmack in großem Maß verloren gegangen war; dennoch aber kosteten wir genug davon um zu entdecken, daß Giraffen-Wildpret sehr gut ist, und unsere spätere Erfahrung bewies vollständig, daß diese unsere Schlussfolgerung richtig sei — Giraffenfleisch ist, besonders wenn das Thier jung war, der beste Braten von allen wilden Thieren Süd-africa's. Denjenigen welche eine besondere Vorliebe für Markknochen haben, bietet die Giraffe eine reichliche Mahlzeit, und der Vorrath an Mark ist viel größer als der von den Knochen eines Ochsen. Die Giraffe ist ein sehr schönes Thier, und findet sich in keinem Theil Afrika's in großer Menge, so daß wir fürchten, daß diejenigen welche von dem Fleisch dieses Thiers essen, stets die geringere Anzahl bleiben werden, denn das Klima Englands eignet sich nicht für die Gewohnheiten dieses Viehfüßers, der in England wahrscheinlich nirgends gefunden werden dürfte als in unsern Menagerien.

Während unseres Herumschwärmens zwischen Natal und dem Zulula machten wir den ersten Versuch eine andere Art Fleisch zu essen, die man auf englischen Mittagstischen gewöhnlich nicht findet. Wir waren in der Behausung eines englischen Ansehlers, in deren Nähe ein kaffrischer Kraal (Dorf) war, wo dessen Diener wohnten, gastfreundlich aufgenommen worden. Diese Diener waren entlaufene Zulus. In den Hütten dieses Kraals herrschte großer Lärm, man sang und schrie nach Herzenslust, während der Rauch, der sich seinen Weg durch das mit Stroh bedeckte Dach bahnte, darauf hinwies, daß man innen kochte. Wir entschlossen uns

gleich diesem Kraal einen Besuch abzustatten, besonders da unser Wirth uns sagte: die heitere und festliche Scene habe ihren Grund darin, daß Tags zuvor von ihm ein junger Elefant getödtet worden sei, über den sich die Kaffern nun rasch hermachten. Es war gewiß eine große Neuigkeit in einer Kafferhütte Elefantfleisch zu speisen; daher entschlossen wir uns, uns bei den lärmenden schwarzen Herren, deren Fröhlichkeit zuerst unsere Aufmerksamkeit erregt hatte, selbst zum Essen einzuladen. Es war eine tolle und einen wilden Anblick darbietende Scene. Innerhalb einer kreisrunden, bienenfortartigen Hütte, die ungefähr fünfzehn Fuß im Durchmesser hatte, waren etwa fünf und zwanzig Kaffern versammelt, Männer, Weiber und Kinder. Sie saßen in einem Kreis herum, und beobachteten aufmerksam zwei gewaltige irdene Gefäße, in denen Massen von Fleisch lagen — Elefantfleisch — siedend und schmorend. Ein Holzfeuer brannte auf dem Fußboden der Hütte und hielt die Köpfe im Sieden. Dieß war, wie man mir sagte, die dritte Portion Fleisch die von diesen Leuten an diesem Tag gegessen werden sollte. Es war sicherlich zu eng und uneinladend in die Hütte einzutreten, allein wir beschloßen Elefantfleisch zu kosten. Wir ließen daher eine Platte, Messer und Gabel holen, und warteten außerhalb der Hütte bis das Fleisch gekocht war — mit ein wenig Salz und einigem Brod hatte uns unser Wirth verjagt; die Kaffern verschmähen diese Zugaben gänzlich, indem sie das Fleisch au naturel vorziehen. Endlich sagte ein alter Kaffer, der das Kochen beaufsichtigte, das Fleisch sei gahr, und man laß uns nun

Nr. 3 nach einer in den „Narodne Listy“ enthaltenen Correspondenz den Inhalt einer von einer hiesigen Kreisbehörde an die untergeordneten Organe erlassenen Anweisung, läßt sich in dem Leitartikel ihres Blattes vom 6. d. über angebliche „Sicherheits-Commissariate“ aus und steht in diesem eine, auf Grundlage der aus dem böhmischen Blatt abgedruckten eben erwähnten Anweisung im ganzen Land eingeführte neue Institution. Sie tritt daher gegen diese angeblichen „Sicherheits-Commissariate“ mit großer Heftigkeit auf, nennt dieselben „eine von der bisherigen Organisation der politischen Behörden ganz abgeordnete Organisation“ und behauptet, daß dieselben den Bezirksvorstehern beinahe nicht unterstehen, sondern denselben gleichsam coordinirt sind, daß dieselben den bestehenden Vorschriften zuwider die Discretionalgewalt über die persönliche Freiheit und Unantastbarkeit der Wohnungen zuüben u. s. w. Sie meint ferner, daß diese „Sicherheits-Commissariate“ eine Institution sind, welche ohne Wissen und ohne Beschluß des Reichsraths oder Landtages nur allein in Galizien eingeführt ist und daß die Anweisung für diese Sicherheits-Commissariate „den bestehenden constitutionellen Gesetzen in vielen Punkten zuwiderlaufe.“ Schließlich drückt die „Gaz. nar.“ die Hoffnung aus, daß unsere Reichsraths-Mitglieder diese Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen zur Sprache bringen, die Tragweite dieser neuen Institution darthun, und von dem Ministerium nähere Aufklärungen darüber verlangen werden, auf welcher Grundlage diese Art des „Civil-Verlagerungszustandes“ in Galizien eingeführt worden ist.

Wir wissen nicht, ob und in wie weit die galizischen Reichsrathsabgeordneten die Ansicht der „Gaz. nar.“ theilen und den Erwartungen derselben nachkommen werden, und obgleich wir weit davon entfernt sind, die Antwort der Regierung für den Fall der von der „Gaz. nar.“ erwünschten Interpellation anticipiren zu wollen, so halten wir es doch für billig, von unserem journalistischen Standpunkt aus angesichts der öffentlichen Meinung die ganz irrige Ansicht zu berichtigen, welche die „Gaz. nar.“ mit dem erwähnten Artikel zu verbreiten trachtet.

Es ist bekannt, daß Sr. Exc. der Herr Statthalter bei dem Umstand, als die k. k. Statthalterei-Kundmachungen vom 15. März und 10. April v. S. die beabsichtigte Wirkung nicht vollkommen erzielt haben, unterm 27. Nov. 1863 eine (in der „Lemb. Ztg.“ Nr. 274 ex 1863 veröffentlichte) Verordnung erlassen hat, welche — kraft des ihm zustehenden Rechtes und in Gemäßheit der bestehenden Direction — die Vorschriften sowohl in Betreff des Verbots der Verheimlichung und der Transportirung der am Aufstand in Königreich Polen theilnehmenden Personen, als auch in Betreff des Waffenbesitzes verschärft.

Schon damals ist die „Gaz. nar.“ gegen diese Verordnung mit Verwürfen von Illegalität aufgetreten, welche in der Nr. 276 und 277 der „Gazeta Krowaska“ vom Jahre 1863 gänzlich widerlegt wurden.

In Folge des gedachten Erlasses vom 27. November v. S. haben die politischen Unterbehörden eine Information erhalten, nach welcher dieser Erlass von den Executiv-Organen durchgeführt werden soll. In dieser Information wurden, soviel uns bekannt ist, die Kreisbehörden ermächtigt, zur Erleichterung der Thätigkeit ihrer Aemter in Fällen der Nothwendigkeit, d. i. wenn es die Erhaltung der Ordnung und der in einigen Gegenden durch die Ansammlung verdächtiger Personen gefährdeten öffentlichen Sicherheit erfordern sollte, auf einen bestimmten Bezirk exponirte Commissariate zu bestellen, deren Amtsgewalt durch genau gezogene Grenzen der bestehenden Gesetze bestimmt ist.

Demnach reducirt sich die ganze angebliche Organisation, die anticonstitutionelle Institution von „Sicherheits-Commissariaten“, von welcher die „Gaz. nar.“ glaubt, daß sie zuerst durch den Reichsrath gehen und im legislativen Weg die Sanction Sr. Majestät erhalten müßte, in der Wirklichkeit auf die den politischen Behörden ertheilte Ermächtigung, in jenen Bezirken, wo es die Nothwendigkeit erheischt, exponirte Bezirks-Commissariate einzusetzen. Es ergibt sich von selbst, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei dem enormen Geschäftsumfang in manchen Bezirken, in welchen bei der außerordentlichen Anhäufung von Agitations-Elementen die für normale Verhältnisse bemessenen Beamtenkräfte nicht ausreichen, die Vermehrung dieser Kräfte dringend geboten ist, weil sonst der ordentliche Geschäftsgang ins Stocken gerathen müßte.

Es wird Jedermann, dem die jetzigen politischen Verhältnisse in Galizien bekannt sind und dem die Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrichtig am Herzen liegt, zuge-

ben, daß in dem Zustand, in welchem sich einige Gegenden sowohl anlässlich des Aufstandes im Königreich Polen, als auch in Folge der schon Jedermann bekannten inneren Agitationen befinden, eine energische Thätigkeit zur Erhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit nothwendig geworden ist. Daß Fälle eintreten können und daß solche auch vorkommen, in welchen sogar Angesichts des Gesetzes über die persönliche Freiheit eine Person, welche eine in aller Form ausgestellte Legitimationskarte besitzt, gesetzlich verhaftet werden kann, daß Fälle vorkommen können, wo sogar Angesichts des Gesetzes über die Unverletzbarkeit der Wohnungen eine Revision vorgenommen werden darf, wird gewiß auch die „Gaz. nar.“ selbst nicht leugnen.

Wir erblicken daher in der neuen Verordnung weder eine neue Organisation, noch eine Verletzung der Gesetze, sondern nur allein die Anwendung der gesetzlichen Mittel im Interesse des Landes, um der Ausbreitung der Agitation einen Damm zu setzen und den schädlichen Folgen derselben nach Möglichkeit vorzubeugen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. Jänner.

Bertheil werden: Zuschrift des Finanzministers betreffend einen Mehraufwand von 4 Millionen Vergütungen für Kriegsprästationen und Kriegsschäden aus dem Jahre 1859, ferner von 10 Millionen für die Bundesexercition in Holstein-Lauenburg; Ausschussbericht betreffend den Gesetzentwurf über Einhebung der Zuschläge der Erwerb- und Einkommensteuer von Actienunternehmungen; Uebereinkunft eine neue Regulirung der Elbezüge betreffend.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage in Betreff der Bestimmung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaaren und dessen Ueberwachung.

Berichterstatter Dr. Groß liest den Bericht, in welchem der Ausschuss beantragt, das hohe Haus wolle beschließen, es sei dem über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren und die diesfällige Controlle zu erlassenden Gesetze das fakultative Controlsystem zu Grunde zu legen (die Regierung legte ihrer Vorlage das imperativ-präventive Controlsystem zu Grunde) und die Regierung aufzufordern, auf dieser Grundlage einen neuen Gesetzentwurf vorzubereiten und zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen.

Stenographische Notizen des Ausschusses, welches mit den Intentionen des Hauses im Widerspruch stehe. Die zur Rechtfertigung angeführten Argumente seien sammtlich josphitisch. Die Gewerbefreiheit habe nichts mit der Pünctirung zu thun, so gut die Staatsgewalt den Verkauf von Gütern verhindere, so könne sie auch den Verkauf von Lohwolle für Gold verhindern. Daß Mißbräuchen vorgebeugt werden soll, sei eben so wenig eine „Verdächtigung“ einer Classe von Industriellen, wie das Geländer eine Verleumdung der Brücke.

Hedner verbreitet sich dann über den eigenthümlichen Charakter, den bleibenden inneren Werth der Edelmetalle, auf welchen der Bericht nicht die nöthige Rücksicht nehme. Auch in den übrigen Punkten findet er eine einseitige Auffassung der Sache, die Interessen der Händler seien gewahrt, aber an die Production und an das Publicum sei nicht gedacht. Er beantragt: der Ausschuss habe in die Berathung der Regierungsvorlage einzugehen mit Zugrundelegung des Princips des imperativen Controlsystems. (Wird unterstützt.)

Trochauer verteidigt den Ausschussantrag. Stamm gegen denselben.

Die Fortsetzung der Debatte findet in der morgigen Sitzung statt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Jän. Sr. k. k. Apostolische Majestät geruhen im Laufe des heutigen Vormittags Privataudienzen zu theilen.

In der Hofburgpfarrkirche wird den 12., 13., 14. und 15. d. das vierzigstündige Gebet abgehalten und werden Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin täglich dem Gottesdienste beiwohnen.

Die Nachricht, daß der bisherige russische Gesandte in Rom, Hr. v. Kisseleff, für den Wiener Posten bestimmt sei, ist nach der „Presse“ unbestätigt. Herr v. Kisseleff verläßt zwar den Gesandtschaftsposten in Rom, soll aber eine andere Bestimmung erhalten.

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, wird der erste Secretär der hiesigen französischen Botschaft, Graf Mosbourg, eine andere Bestimmung erhalten, da derselbe für einen Gesandtschaftsposten bestimmt sein soll.

Die Trauung des k. k. Rittmeisters Grafen Alois Rechberg mit der Landgräfin Louise Fürstinberg hat heute stattgefunden. Das neuvermählte Paar begibt sich nach Enns, wo der Graf Rechberg stationirt ist.

Langiewicz hat der Gemeinde Grenchen neben herzlichstem Dank für die ihm durch Ertheilung des Bürgerrechts bewiesenen Sympathien 100 Fr. für die Armen eingehändig lassen.

Deutschland.

Die „Neue Hannoverische Zeitung“ theilt mit, daß die Räumung des Rendsburger Kronwerkes seitens der Executionsbehörden nicht verlangt werde; die Grenze sei streitig und der General Hake nicht berechtigt, über die Streitfrage zu entscheiden. Die Aufgabe der Executionsstruppen sei erreicht.

Die Bundes-Commissäre haben nunmehr für Holstein und Lauenburg eine „herzogliche Landesregierung“ gebildet, die am 14. d. in Kiel in Wirksamkeit treten wird. Zu Mitgliedern dieser Landesregierung sind bis auf Weiteres ernannt: Staatsrath Obergerichtsrath Henrici, Obergerichtsrath Jensen, Justizrath Amtschreiber Wenecker, Hofrath Oberinspector Kesser, Senator Bachmann.

Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg hat in Kiel ein Haus gemiethet, woraus man auf die Absicht eines längeren Aufenthaltes schließen mag. Noch immer empfängt derselbe Deputationen, namentlich vom Lande. Die Einladung nach Rendsburg hat er abgelehnt, die nach Ipehoe dagegen angenommen. Er lebt still und eingezogen; nur macht er gegen Abend in Begleitung des Majors Schmidt eine Fußpromenade am Hafen. Sein Cabinet dagegen entfaltet große Thätigkeit, wenn von dieser auch noch wenig in die Öffentlichkeit dringt. So sind vorgestern die Herren Brater und Holb, Mitglieder des vom Abgeordnetentage in Frankfurt gewählten Central-Ausschusses für Schleswig-Holstein, auf Einladung des Geheimraths Franke hier eingetroffen, um über die Verwendung der Sammelgelder (bis jetzt angeblich 100,000 fl.) das Nähere zu besprechen. Häuffer aus Heidelberg ist durch Krankheit am Herkommen gehindert. Die Verbindung des Ministeriums des Erbprinzen mit dem Nationalverein und dessen Organen wird also mehr und mehr officiell.

Der Münch. Correspondent“ enthält eine interessante Erklärung des Rechtsanwalts Albrecht über seine Unterhaltung mit dem Erbprinzen von Augustenburg, aus welcher hervorgeht, daß der Frankfurter Central-Ausschuss nicht nur mit Zustimmung, sondern auf Veranlassung des Herzogs Friedrich eingesetzt ist.

Die Nachricht, daß die Insel Fehmarn von dänischen Truppen besetzt werden solle, um diese Insel, falls es zum Kriege komme, gegen Holstein zu benutzen, wie 1848 Alsen gegen Schleswig benutzt wurde, scheint sich zu bestätigen.

Wie gestern erwähnt, hat eine am 10. d. in Hannover stattgefundene Landesversammlung, an welcher sich 3000 Personen beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Könige durch eine Deputation eine Petition um Loslösung vom Londoner Protocol und Anerkenning des Herzogs Friedrich zu überreichen. Ein Telegramm vom 11. d. meldet: Der König hat den Empfang der Deputation, welche die Adresse überreichen sollte, abgelehnt. Die Adresse wird dem Ministerium übergeben werden.

König Johann hat, nach einem Telegramm aus Leipzig vom 11. Jänner, die Adresse der Volksversammlung vom 9., betreffend Schleswig-Holstein, entgegengenommen. Es fanden große Aufzüge von Stadtbehörden, Professoren, Studenten und Bürgern statt, für ein Lebehoch auf den König, als Schirmherrn deutschen Rechts dankend, sagte Sr. Majestät:

Er freue sich, daß sich die öffentliche Meinung für die gute Sache ausspreche; der Erfolg liege nicht in seiner Hand, aber er werde unwandelbar festhalten.

Aus Berlin, 11. Jänner, wird gemeldet: Im Abgeordnetenhause begann heute die Debatte über den Militäretat. Es nahmen daran Theil: der Kriegsminister, der das Haus daran erinnerte, daß es ein gefährliches Spiel spiele; Graf Schwerin, welcher künftige Vermittlungs-Vorschläge vertheidigt, ferner Jung, Frh. v. Binde, Reichenperger, Stavenhagen, Schulze, Frh. v. Baer. Die Fortsetzung der Debatte findet morgen statt. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister Graf zu Tzenplig einen Gesetzentwurf ein wegen der Geldmittel für die Eisenbahn von Danzig nach Fahrwasser. Die nöthige Summe beträgt etwas über 1 Million. Der Minister des Innern Graf Gulemburg beantwortete Hoyerbeds Interpellation wegen der Gränzverletzung durch die Russen in Schönan und sagte: die Thatfachen seien im Allgemeinen richtig und sei Genugthuung auf diplomatischem Wege gefordert worden. Im Abgeordnetenhause wurde heute allgemein geglaubt, daß der Schluß der Session, trotz der eingebrachten Eisenbahngesetze, allernächst bevorstehe. Aus den Aeußerungen des Kriegsministers vermuthet man ernste Ereignisse nach dem Schluß der Session. Der Rundschafer plaidirt in der „Kreuz-Ztg.“ für das Londoner Protocol und den dänischen König gegen den Herzog von Augustenburg. Die officiösen Blätter melden eine große Zahl von Veränderungen in der Armee.

Der in Berlin anhängige Disciplinar-Proceß gegen den Canonicus Professor Dr. Balzer in Breslau, einen bekannten Anhänger Günthers, hat am 9. d. mit Freisprechung geendigt.

Frankreich.

Paris, 9. Jänner. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung der außerordentlichen Credits, mit 232 gegen 14 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Favat, Herzog v. Marlmer, Pelletan, Hénon, J. Simon, Dllivier, Guéroul, J. Faure, Darimon, Kanjunaia, Havin, Glais-Bizoin, Magnin, Picard. Nächsten Montag beginnt die Discussion über die Adresse. Heute übergab die Opposition ihre Amendements zur Adresse. Es sind deren zehn. Das erste betrifft die Wahlen und die officiellen Candidaten. Die Administrativ-Freiheiten, die man versprochen, hätten keinen Werth, wenn sie nicht dazu dienen, die politischen Freiheiten zu sichern, zu stärken. Die Wahlfreiheit, verkannt und verlegt durch die officiellen Candidaturen, sei die erste der Freiheiten. Das zweite Amendement verlangt die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes, welches die individuelle Freiheit vernichte. Das dritte verlangt die Pressefreiheit. Das vierte Amendement betrifft die Vermehrung der Gewalten der Gemeinde-Behörden. Das fünfte Amendement betrifft die Freiheit der Arbeit. Das sechste Amendement ist zu Gunsten des unentgeltlichen Elementar-Unterrichts. Das siebente Amendement verlangt größere Freiheiten für die Colonien und Algerien, da sie ohne liberale Institutionen nie blühend werden könnten. „Man möge,“ heißt es in dem Amendement, „sie wenigstens Frankreich gleichstellen.“ Das achte Amendement betrifft Mexico. Es lautet: „Wir bedauern, daß die Regierung an der mexicanischen Expedition festhält. Wir können dieses uns ruinirende Unternehmen nicht gut heißen, und wir sind die Dolmetscher der öffentlichen Meinung, indem wir verlangen, daß ihr sofort ein Ziel gesetzt werde.“ Das neunte Amendement behandelt Rom und lautet wie folgt: „Wir bedauern, daß ungeachtet des von ihr gegebenen Versprechens die Regierung uns nicht vom Stande der Unterhandlung mit Rom Kenntniß gegeben hat. Was uns betrifft, so bestehen wir darauf, zu glauben, daß Rom den Römern gehört und daß unsere Occupation aufhören muß.“ Das zehnte Amendement betrifft Polen und verlangt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland. — In den Kreisen des Faubourg St. Antoine ist man weit entfernt, mit der Haltung der gegenwärtigen Opposition, die man zu „farblos“ findet, zufrieden zu sein. Von dieser Seite beabsichtigt man, bei den Pariser Wahlen Felix Pyat und Raspail als Candidaten aufzustellen.

Bemischtes.

Das Jubiläum eines Lustspielbüchters.) Des beliebten und fruchtbarsten Dichters Benedix fünfundsiebenzigjähriges Autorenjubiläum fällt auf den 18. Jänner 1864. Es war am 18. Jänner 1839, als in Wesel das erste Stück aus der Feder des Genannten: „Der lange Israel oder das bewusste Haun“ zur Aufführung kam, wobei der Dichter selbst als Darsteller der Titelrolle erschien. Seitdem hat Benedix über sechzig Bühnenwerke geliefert. In verschiedenen Städten bereiten die Theater für jenen Tag Festvorstellungen vor, deren Ertrag, wie billig, dem verdienten Verfasser zu Gute kommt.

Am 29. December Mittags nach der Fütterung der Löwen Watty's, welche sich jetzt in Berlin befinden, kam der Wärter der Löwen, trotz der oft wiederholten Warnung seines Herrn, dem Gitter zu nahe; sofort packte ermer der Löwen seinen Arm, schlug seine gewaltigen Fäuste hinein und alle fünf Löwen stürzten sich einander drängend und beißend, auf das gepackte Glied. Nur der Auserwählte des Hrn. Watty, der gerade zugegen war, gelang es, den Unglücklichen zu retten. Wüthend rief er das Gitter an, sprang in den Käfig, schloß erst mit seltener Geistesgegenwart die Thür hinter sich zu und stürzte sich dann unter die wüthenden Thiere, die er nach kurzem Kampfe in der That zwangsweise auseinanderriß und den ersten Arm fahren zu lassen. Watty selbst kam mit zerstückten Kleidern aus dem Käfig zurück; der Verunglückte wurde fortgetragen und in der Restauration des Circus von einem eilrig herbeigeeilten Arzte sorgfältig verbunden. Gefahr für sein Leben ist nicht vorhanden.

Der in der gelehrten Welt bekannte polnische Historiker Michael Balzani verstarb in Wilna am 3. d. Abends in einem Alter von 69 Jahren. Zu seiner Begräbnisstätte ist Joz. Sniadecki ruft, anzuweisen.

ein etwa zwei Pfund schweres Stück an. Das ganze Stück wollten wir nicht, und nahmen daher eine Schnitte von ungefähr dem vierten Theil desselben, die, wie wir glaubten, als Probe genügen werde. Wir konnten nicht umhin wahrzunehmen, daß unser Messer erst unthätig stumpf war als wir das Stück zu zerschneiden suchten, die Zinken der Gabel schienen rund, statt spitzig. Unsere Zähne, ach, hatten ihre Schärfe verloren, und wir sahen uns, nachdem wir uns alle Mühe gegeben das in unserm Mund befindliche Stück zu zerbeißen, genöthigt es als eine vergebliche Arbeit wieder auszuspuken; wir konnten, selbst nach minutenlangem Kauern, nicht den geringsten wahrnehmbaren Eindruck in daselbe machen. Spätere Versuche mit der gleichen Thierart veranlassen uns zu der Behauptung, daß Fleisch von einem vierhundertjährigen Elephanten nicht so gut ist wie das eines vierjährigen Schaafs, und wir zweifeln ob Elephantenfleisch je ein volkthümliches Gericht werden wird. Es scheint sonderbar daß zwei Thiere deren Fleisch so ähnlich ist wie das des Elephanten und des Flußpferdes, und die an Schwerefülligkeit des Körpers einander gleich kommen, doch so unähnlich sind in Betreff der Fähigkeit desselben — das erstere ist beinahe ungenießbar, das letztere eine sehr annehmbare Nahrung. Während wir aber von zähem und unschmackhaftem Fleisch sprachen, dürfen wir das Zebra und das wilde Beest, oder Gnu (Antelope gnu, Hippelaphus gnu), wie es auch genannt wird, nicht vergessen; diese beiden Thiere werden gegessen, aber sie haben zähes und grobes Fleisch. Ein junges Zebra indessen, unge-

fähr halb ausgewachsen, ist nicht zu verachten, und schmeckt wie Kalbfleisch, ist aber wenig saftig. Wir haben Hottentotten gesehen welche das Zebra dem Rindfleisch vorzogen, wenn sie die Wahl zwischen beiden hatten. Das Fleisch des Gnu indeß hat einen ranzigen Geschmack an sich, so daß man ihm nicht leicht den Vorzug gibt; in der Wüste aber kommt es zuweilen vor daß man nur Gnu-Fleisch hat, oder nichts.

Das zäheste von allem jedoch was wir je zwischen unserer Zähne zu bringen wagten, und das uns, vergleichsweise, zu glauben veranlassen könnte daß selbst Elephantenfleisch zart sei, war eine Portion Straußenfleisch. Selbst Leder oder Drath könnte möglicherweise von einem Kaffee gekaut werden; allein dieser starkzähne Sohn der Wildnis lachte und schüttelte seinen Kopf als ihm eine Portion Straußenfleisch zur Mahlzeit geboten wurde. Zuweilen erwiesen sich die seltsamsten aussehenden Geschöpfe und diejenigen von denen wir uns kaum einbilden sollten daß sie essbar seien, als sehr zart und schmackhaft. So ist es der Fall mit dem Stachelschwein. Man nehme ihm seine Stacheln, und es ist kein sehr großes Thier, kann aber ganz gebraten oder zerschnittene und in eine Pastete eingelegt werden. In beiden Fällen ist der Geschmack nicht ungleich dem eines Hasen. Sein Halbbruder, der Igel, hat, wie man sagt, ein sehr zartes Fleisch, allein wir können davon nicht aus Erfahrung sprechen, da wir bis jetzt unser englisches Gegenbild des Stachelschweines noch nicht gekostet haben. Wir können uns indeß leicht denken daß es sehr wohl essens-

worth sein würde, besonders wenn wir eine Glust besäßen wie Zigeuner, welche, wie man sagt, vergnügt davon speisen. Wir sind glücklich genug gewesen die Canvas-Rücken-Ente Nordamerikas zu kosten, deren Fleisch einen so starken Selleri-Geschmack hat. Das wilde Perlhuhn und der Vouu Afrika's sind auch häufig auf unserm Speisetisch gewesen; was aber Zartheit und Wohlgeschmack betrifft, so müssen wir den Goran oder die kleinere Trappe Afrika's das beste des gefiederten Wilds nennen. Die große Trappe ist auch ein vorzügliches Essen; sie ist einem Truthahn nicht unähnlich.

Ein sehr merkwürdiges Gericht, an dem wir einmal theilnahmen, sind Heuschrecken. Diese waren, wie man sagt, eine Lieblings Speise bei den Alten, allein wir betrachteten dieselben gewiß nicht als sehr vorzüglich. Für uns waren sie mit ein wenig Butter gebraten, und glichen einigermaßen einem Whitebait (einer kleinen zarten Art Fisch der Themse, vom Geschlecht Clupea). Die Guana, oder große Eidechse, ist ein anderes zur Nahrung bewundernswürth passendes Geschöpf, und wird in einigen Theilen Südamerikas hoch geschätzt, und zwar verdienstermaßen. Indes haben wir Kaffern gesehen die fast vor Hunger starben, weil sie sich weder Rindfleisch noch Korn verschaffen konnten, und die sich doch zu weigern pfliegen Eidechsenfleisch zu essen — dieselben Leute die kein Bedenken trugen heißhungrig den halbgedochten Wanst eines Ochsen zu verzehren. (Ausland.)

3. 19641. Edikt. (43. 1-3)

Wom f. l. Landesgerichte in Krakau werden in Folge Einreichens des Albert Korn de praes. 28 October 1863, Z. 19883, bürgerlichen Besitzers und Bezugsberechtigten des im Wadowicer Kreise liegenden, in der Landtafel dom., den Hypothekenbüchern Tom. 3 pag. 423 & 425 n. 1 & 2 haer. vorkommenden Frydrychowicer Gütsanttheils Zawilichowszczyzna und Bieszczyna genannt — behufs der Zuweisung des laut Beschrift der Krakauer f. l. Grundentlastungs- Ministerial- Commission vom 13. April 1863 Z. 820 für den obigen Frydrychowicer Gütsanttheil bewilligten Arbarial-Entschädigungs-Capitals pr. 1021 fl. 80 kr. C. M., diejenigen, denen ein Hypothekrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 12. März 1864 bei diesem f. l. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- a) Die genaue Angabe des Vor- und Namens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisirte Vollmacht beibringen hat;
b) den Betrag der angeforderten Hypothekforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, insoweit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;
c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und
d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses f. l. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigenfalls dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen gefesene Zustellung, würden abgehendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf das obige Entlastungs-Capital nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Ueberweisung auf das obige Entlastungs-Capital auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist veräumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erschienenen Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patentens vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiegen werden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentens vom 8. November 1853 auf Grund und Boden verpfändet geblieben ist. Krakau, am 23. Dezember 1863.

N. 22206. Kundmachung. (44. 1-3)

In Betreff der Vorschreibung und Einhebung der auf die viermonatliche Finanzperiode v. 1. November 1863 bis Ende Dezember 1864 fallenden Schuldbigkeit an directen Steuern wird in Gemäßheit des hohen Finanz-Ministerial-Erlasses vom 18ten Dezember 1863 — Zahl 57567/1827 — und mit Bezug auf die mit der hierortigen Kundmachung vom 29ten October 1863 — Z. 18,640 allgemein bekannt gegebenen hohen Finanz-Ministerial-Erlasse vom 27. September und 28. October 1863, Z. 46,362 und 53,672 Nachstehendes verordnet: Die auf die zwölf Monate vom 1. November 1863 bis Ende October 1864 fallende Steuerschuldigkeit ist in den bisherigen Einzahlungsterminen einzuhoben.

Die Steuerschuldigkeit für die Monate November und Dezember 1864 dagegen ist spätestens am 15. Dezember 1864 einzuzahlen.

Die Steuerämter haben für jeden einzelnen Contribuenten an der Grund- und Hausclassensteuer zunächst die Gebühr für die 12 Monate (November 1863 bis October 1864) in der bisherigen Weise auszumitteln, sodann die hienon mit einem Sechstel (1/6) entfallende Gebühr für die Monate November und Dezember 1864 zu berechnen und beide Summen in dem Einzahlungshauptbuche und dem Steuerbuche abgefordert vorzuschreiben. Auch bezüglich der Hauszins- und Einkommensteuer, worüber den Steuerämtern die individuellen Ausweise von der betreffenden Bemessungsbehörde zukommen, ist für die Monate November und Dezember 1864 der 6te Theil der 12 monatlichen Schuldbigkeit zu berechnen, und abgefordert vorzuschreiben.

Ueber die Art der Ausmittlung der zweimonatlichen Gebühr an der Einkommensteuer 1. Classe, enthält der mit der h. o. Kundmachung vom 9. Dezember 1863, Z. 21,113 verlaßte hohe Finanzministerial-Erlaß vom 25. November d. J. Z. 55,815 die nähere Bestimmung.

Bei der Erwerbsteuer tritt nach dem eben bezogenen hohen Erlasse eine besondere Vorschreibung für die obigen zwei Monate nicht ein.

Von der f. l. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 28. Dezember 1863.

N. 21050. Edykt. (21. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie na żądanie p. Fryderyka Gronnemajera dnia 19go Października 1863 do 1. 18830 wniesione, wzywa posiadacza sola-wekslu, na dniu 1go Października 1863 przez małżonków pp. Antoniego i Alwiny Sapalskich na rzecz p. Fryderyka Gronnemajera na sumę 3336 złr. w. a. w Krakowie wystawionego na dniu 1go Października 1864 płatnego i zagubionego, aby

wspomniony weksel w przeciągu 45 dni od dnia 1go Października 1864 rachując, — c. k. Sądowi krajowemu w Krakowie przedłożył, ile ze w przeciwnym razie, po upływie powyższego terminu wspomniony weksel umorzony zostanie. Kraków dnia 9 Grudnia 1863.

N. 4152. Concurs-Ausschreibung. (49. 1-3)

Bei dem f. l. Bezirksamte in Brzezan und Tysmienica ist je eine Bezirksadjunktenstelle mit dem Jahresgehälte von 735 fl. öst. W. provisorisch zu besetzen. Bewerber haben ihre Gesuche im vorgeschriebenen Dienstwege mit den erforderlichen Nachweisungen bis Ende Jänner 1864 bei dieser Commission einzubringen, und es werden disponiblen, mit der erforderlichen Befähigung versehene Beamte vorzüglich berücksichtigt werden. Von der f. l. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter. Lemberg, 2. Jänner 1864.

3. 33. Ankündigung. (46. 1-3)

In den Forsten der Staatsdomäne Niepołomic Krakauer Kreises findet der dritte und letzte licitationsweise Verkauf des stehenden Stammholzes schlagweise oder einzeln gegen gleich bare Bezahlung an nachfolgenden Terminen statt und zwar:

Table with 2 columns: Date and Location. Am 18. Jänner 1864 im Revier Dziewin, 19. Gawłówek, 20. Stanisławice, 21. Poszyna, 22. Niepołomic, 26. Grobla, 27. Kolo.

Kauflustige werden mit dem Beisage hiezu eingeladen, daß die schriftlichen Offerte bis zum Beginne der mündlichen Versteigerung angenommen und die weiteren Verkaufsbedingungen am Termine selbst bekannt gegeben werden. R. f. Cameral-Wirtschaftsamt. Niepołomic, 7. Jänner 1864.

L. 2522. Obwieszczenie. (47. 1-3)

Podaje się do powszechniej wiadomości iż na dniu 1. Lutego 1864 r. o godzinie 10ej z rana odbędzie się w c. k. Urzędzie powiatowym w Liskach licytacja na wypuszczenie od dnia 1. Kwietnia 1864 roku, w sześciolatnią dzierżawę mlyna mruwanego o 4-ach kamieniach na Podkamyczu, w gminie Balice położonego — z wszelkimi zabudowaniami i gruntami wedle mapy pomiarowej wynoszącami: — w polach ornych morgów 26, sążni kwadr. 447, — w łąkach morgów 6, sążni kwadr. 857, w ogrodach sążni kwadr. 1054, w pastwiskach morgów 19, sążni kwadr. 1415, w gruntach drzewnych sążni kwadr. 338 a w nieużytkach sążni kradr. 1548 czyli razem: morgów 54, sążni kwadr. 859.

Za cenę wywołania na rok stanowi się kwotę złr. 1000 wal. a., każdy o dzierżawę ubiegac się zamyszlających ma Komisy licytacyjnej dziesiątą część ceny wywołania na rok tj. kwotę złr. 100 w w. a. jako wadium złożyć. — Dla ułatwienia konkurencyi przyjmować się będzie także opieczytowane pisemne oferty przed licytacją i podczas licytacyi — które opatrzone być winny wyznaczonym wadium.

Blizsze warunki licytacyi i dzierżawy każdego czasu w godzinach kancelaryjnych w c. k. Urzędzie powiatowym odczytać można.

Z c. k. Urzędu powiatowego. Liszki, 30 Grudnia 1863.

Edikt. (20. 3)

Neschowitz Johann

ist als Patent-Invaliden-Corporal alhier am 19. Februar 1863 im ledigen Stande, ohne Testament mit einem Nachlaß von beiläufig 2000 fl. öst. W. verstorben. Er ist in Sanok in Ostgalizien im J. 1787 geboren, weshalb allfällige Verwandte aufgefordert werden bezüglich ihrer Ansprüche an den Besagten unter Nachweisung der Verwandtschaft sich innerhalb vier Wochen behufs weiterer Aufklärung zu wenden. Klosterneuburg, bei Wien, 20. Dezember 1863.

Franz Weigert, f. l. Notar.

Edykt.

Neschowitz Jan,

patentowy kapral inwalidow — zmarł bez testamentu w Klosterneuburgu pod Wiedniem na dniu 19go Lutego 1863 r. bez testamentu, pozostawivszy majątek około 2000 złr. w. a. Tenże jest w Sanoku w wschod iej Galicyi roku 1787 urodzony.

Wzywa się przeto krewnych, jeżeli się jacy znaleźli, ażeby się względnie swych pretensyi w przeciągu czterech tygodni u podpisanego z uodwodnieniem pokrewieństwa celem dalszego wyjaśnienia zgłosili. Klosterneuburg pod Wiedniem, dnia 20 Grudnia 1863.

Franciszek Weigert, c. k. Notaryusz.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Date, Barometer height, Temperature, Relative humidity, Direction and force of wind, State of atmosphere, Clouds, and Change in temperature.

N. 6948. Edict. (23. 3)

Wom Neujandecer f. l. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß der hierortige Landesadvocat Dr. Dionis Pawlikowski am 22. December l. J. mit dem Tode abgegangen ist, für die von ihm vertretenen Rechtsangelegenheiten, für welche kein anderer Bevollmächtigter oder amtliche Vertreter ausgewiesen oder kein Spezialsubstitut bestellt ist, der Neujandecer Landesadvocat Dr. Johann Micewski als General-Substitut, und für den Fall dessen Verhinderung der Advokat Dr. Zieliński als dessen Stellvertreter ernannt wurde.

Aus dem Rathe des f. l. Kreisgerichtes. Neujandec, am 30. Dezember 1863.

Edykt.

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu podaje niniejszemu do wiadomości, iż gdy tutejszy adwokat krajowy Dr. Dyonizy Pawlikowski na dniu 22 Grudnia tego roku zeszedł z tego świata, zatem dla spraw przez niego zastępowanych dla których żaden inny pełnomocnik lub zastępca z urzędu nie jest wykazany, ani też żaden substytut specjalny ustanowiony — Adwokat krajowy Dr. Jan Micewski w Nowym Sączu generalnym substytutem a w razie tegoż przeszkody Adwokat Dr. Zieliński jego zastępcą zamianowanym został.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy Sącz, 30 Grudnia 1863.

L. 3121. Edykt. (41. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd wiadomo czyni, że p. Jan Kotiers przeciw masie leżącej s. p. Ignacego Rowieńskiego o zapłacenie kwoty 20 złr. w. a. pozew wytoczył w skutek którego do summarycznego postępowania termin na dzień 5. marca 1864 o godzinie 9 przedpołudniem wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tej masy sądowi wiadomi nie są, to do ich zastępowania na ich koszt i stratę Sąd pana Piotra Zaworskiego za kuratora ustanowił i o tém ustanowieniu kuratelli ich tym edyktem zawiadamia.

Jednocześnie tych spadkobierców się wzywa, ażeby dokumenta do ich obrony służące temu ustanowionemu kuratorowi wcześniej przed tym terminem wręczyli, lub sobie innego zastępcę ustanowili, albowiem zle skutki z niedostatecznej obrony własnemu przewinieniu przypisać będą winni.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Wieliczka, dnia 30 Listopada 1863.

N. 243. Edykt. (39. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem pp. Kaźmierza i Barbare hr. Potulickich że przeciw nim M. Schrenzel w d. 7go Stycznia 1864 do l. 243 wniósł pozew o wydanie nakazu zapłaty sumy resztującej 2000 rubli sr. z większej sumy 2100 rubl. srebr. z procentami i kosztami; w załatwieniu tegoż w dniu dzisiejszym wydany został nakaz płatniczy.

Gdy miejsce pobytu pozwanych Sądowi nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adwokata p. Dra. Witskiego, z zastępstwem p. Adwokata Dra. Ballo kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym — aby swoje zarzuty przeciw wydanemu nakazowi płatniczemu albo sami wnieśli — lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzieliłi, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrali i o tém ces. król. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyczyli w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisacby musieli. Kraków, 7 Stycznia 1864.

N. 22467. Edykt. (40. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Katarzynę Kruszyńską, p. Stanisława Radeckiego i p. Stanisława Kruszyńskiego, że przeciw nim p. Władysław Pegowski pod dniem 19go Grudnia 1863 do l. 22467, pozew wniósł przeciw wiadomym z miejsca pobytu Katarzynie Kruszyńskiej, Stanisławowi Radeckiemu i Stanisławowi Kruszyńskiemu, w załatwieniu tegoż pozwu wyznaczony został termin do ustnej rozprawy na dzień 1 Marca 1864 r. o godzinie 10 zrana.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego Adwokata p. Dra. Machalskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwa-

nym, aby w wzyw oznaczonym czasie albo sami stanęli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzieliłi lub w reszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyczyli w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisac by musieli. Kraków 21 Grudnia 1863.

Bei F. A. CREDNER, f. l. Hof-, Buch- und Kunsthändler in Prag, sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ahne, W. A., Shakspeare Blüten als Festgabe zur 300jähr. Gedächtnißfeier des großen britischen Dichters. Sprüche und Sentenzen moralischen Inhaltes. 16. geh. 1 fl. 8. W. in engl. Weinwand geschmackvoll gebunden 1 fl. 50 kr.

Polnische Revolutionen Erinnerungen aus Galizien.

80 geh. fl. 2 40 kr. Diese höchst interessante Schrift aus der Feder eines hohen österr. Staatsbeamten enthält: 1. An der Weichsel. 2. Am Dnieper. 3. Die polnische Verschwörung in Galizien. 4. Die österreichische Regierung in Galizien. 5. Lemberg. 6. Tarnow. 7. Jakob Szela. 8. Pilzno. 9. Krakau. 10. Ostgalizien. 11. Schlacht bei Sadow. 12. Podgorze. 13. Folgen der Revolution von 1846. 14. Die Märztage in Lemberg. 15. Galizien nach den Märztagen 1848. 16. Die Novemberrevolution in Lemberg. 17. Galizien während des ungarischen Revolutionkrieges. 18. Die Neuzeit.

Leopold Sacher Masoch, Der Emissär.

Eine galizische Geschichte 80 geh. 80 Nkr.

Wiener Börse-Bericht vom 11. Jänner.

Öffentliche Schuld.

Table with 2 columns: Description of bonds and their prices. Includes National-Anleihen, Staats-Obligationen, and various bank bonds.

Actien (pr. St.)

Table with 2 columns: Description of stocks and their prices. Includes Nationalbank, Credit-Anstalt, and various industrial stocks.

Wesffel. 3 Monate.

Table with 2 columns: Description of exchange rates and their values.

Table with 4 columns: Description of gold and silver coins and their exchange rates.